

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick, Stand: 09.08.2018

Thema	DGB Bayern	AfD Bayern
<u>Wandel der Arbeitswelt</u>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>zu Gunsten der Beschäftigten:</u> mehr Flexibilität für die Beschäftigten, mehr Mitbestimmung und wirksame gesetzliche Regelungen zu Arbeitszeit und Arbeitsschutz, z.B. effektive Mindestlohnkontrollen, starkes Arbeitsschutzgesetz, Tariftreue- und Vergabegesetz • Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch einen massiven Kita-Ausbau 	<ul style="list-style-type: none"> • <u>gegen die Interessen der Beschäftigten:</u> arbeitsweltliche Themen kommen nicht oder kaum vor, wenn doch: Deregulierung, Erhöhung der Selbständigen-Quote, Bürokratieabbau, Lockerung des Arbeitsschutzes, insbesondere in der bayerischen Gastronomie
<u>Mitbestimmung</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie nützen sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern. Mitbestimmungsrechte ausweiten, Sozialpartnerschaft stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung finden bei der AfD keine Erwähnung, auch Gewerkschaften werden mit keinem Wort erwähnt <p>Auffällig: AfD beklagt „sinnfreien Klassenkampf gegen die Arbeitgeber“</p> <p>→ Affront gegen Tarifauseinandersetzung der Gewerkschaften</p>
<u>Gleichstellungspolitik</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine Gleichstellung der Geschlechter in Gesellschaft und Arbeitswelt auf allen Ebenen, z.B. durch Aufwertung von sogenannten Frauenberufen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit,... 	<ul style="list-style-type: none"> • Gleichstellung der Geschlechter ist für die AfD kein Thema, stattdessen gesellschaftliche Roll-Back-Politik: <ul style="list-style-type: none"> ○ Stärkung des traditionellen Familienbildes ○ Einstellung sämtlicher Aktivitäten des Gender-Mainstreaming (z.B. Abschaffung des Binnen-I) • „Herdprämie Plus“: Landeserziehungsgeld wieder einführen und deutlich aufstocken
<u>Bildungspolitik</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Für mehr Chancengleichheit in der Bildung, für längeres gemeinsames Lernen und für die Schule für Alle • Stärkung der politischen Bildungsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Für stärkere Auslese und ein uneingeschränktes Leistungsprinzip, gegen die „Einheitschule“, gegen Inklusionsklassen und für das viergliedrige Schulsystem inklusive Förderschule, mehr Sport, Deutsch als neue Wissenschaftssprache etablieren

Gewerkschaften und AfD – Positionen auf einen Blick, Stand: 09.08.2018

<p><u>Wohnen</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Für bezahlbaren (Miet-)Wohnraum sorgen! (mehr sozialer Wohnungsbau, effektive Mietpreisbremse, Spekulationsverbot...) 	<ul style="list-style-type: none"> • Fokus auf steuerliche Förderung von Wohneigentum, Stärkung genossenschaftlicher Wohnbauprojekte, Vereinfachung des bayerischen Baurechts • Sozialer Wohnraum: bevorzugt an deutsche Familien, angemessener Grundstock an Sozialwohnungen in Ballungszentren notwendig
<p><u>Sozialpolitik</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, Anhebung des Rentenniveaus, Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente streichen, Solidarausgleich stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • „BayernRente“: Aufstockung der gesetzlichen Rente auf 1.300 Euro für alleinstehende RentnerInnen bzw. auf 1.700 Euro für Ruheständlerpaare <p>→ ohne jede Substanz, da Frage der Finanzierung völlig fehlt</p>
<p><u>Steuerpolitik</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Handlungsfähiger Staat: Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, z.B. gerechte Erbschaftsteuer, Vermögensteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Schlanker Staat: Soziale Umverteilung ist Steuerverschwendung, Abbau der Staatsquote, bayerische Deregulierungsoffensive, Abschaffung der Erbschaftsteuer, Privilegierung von Vermögenden
<p><u>Asyl-/ Flüchtlingspolitik</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Geflüchteten • Förderung von Akzeptanz einer vielfältigen, offenen und solidarischen Gesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • gegen „schrakenlosen Einwanderungswahn“ und „Willkommensdiktatur“ • Ablehnung von Integrationsmaßnahmen für abgelehnte Asylbewerber und für „illegal eingereiste Personen, die sich bereits vorher in anderen Ländern des Schengen-Raums aufgehalten haben“ • „Der Islam gehört nicht zu Bayern“
<p><u>Aktiv gegen Rechts</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> • gegen jede Form von Rassismus, Faschismus und Antisemitismus • Aufklärungsarbeit und Argumentationstraining gegen Rechts 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung des „einseitigen Kampfes gegen Rechts“ an Schulen • Abschaffung der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an bayerischen Schulen als „bundesweites Indoktrinationsnetzwerk“ • Forderung eines Handlungskonzepts gegen Linksextremismus